



Österreichischer Gewerkschaftsbund

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

AHS-GEWERKSCHAFT; ZVR-Zahl 576439352

Lackierergasse 7, 1090 Wien; Tel. 01 405 61 48; Fax: 01 403 94 88

BMUKK
z.H. Mag. Christa Wohlkinger
per Mail

Unser Zeichen – bitte anführen

Ihr Zeichen

Wien,

13. Jänner 2010

Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das

Bundes-Schulaufsichtsgesetz

geändert wird

Sehr geehrte Frau Mag. Wohlkinger, sehr geehrte Damen und Herren!

In offener Frist übermittelt die AHS-Gewerkschaft ihre Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf.

Das Fazit der AHS-Gewerkschaft vorweg:

- Der in den Erläuterungen behauptete „hohe Mitteleinsatz“ lässt einen Blick in „Education at a Glance“ dringend geboten erscheinen: Der Anteil der Ausgaben für das Schulwesen am BIP sinkt nämlich in Österreich seit vielen Jahren, was zu massiven Einsparungen (z.B. etappenweise Kürzung der Stundentafeln um in Summe ein ganzes Schuljahr) geführt hat, die einen wesentlichen Beitrag zu den „mittelmäßigen Schülerleistungsergebnissen“ geleistet haben. Unterricht, der nicht mehr stattfinden kann, wird auch nach einer Umstellung auf eine „Outputsteuerung“ keine „gesteigerte Effizienz“ aufweisen können.
- Es gibt, wenn dieser Entwurf beschlossen wird, keinerlei Kontrollinstanz mehr für die ministeriellen Vorstellungen. Nahezu alles ist möglich, da der „**Nationale Qualitätsrahmen**“ als „Kernstück“ des Qualitätsmanagements ohne jegliche Vorgaben von BM Schmied erstellt wird. **Die AHS-Gewerkschaft fordert eine rechtzeitige und umfassende Einbindung. Wir lehnen diesen Blanko-Scheck für das BMUKK ab**, zumal es keinerlei Not-

wendigkeit gibt, diese Gesetzesänderung vor Erstellung des „Nationalen Qualitätsrahmens“ durchzuführen.

- **Externe Evaluierung kann nicht kostenneutral sein.** Es ist entgegen der Darstellung in den Erläuterungen mit enormem Mehraufwand zu rechnen, wenn 5.800 Schulen regelmäßig im Sinne dieses Entwurfes extern evaluiert werden sollen.
- **Das geplante „Qualitätsmanagement“ ist ein Paradebeispiel für unnötige und überbordende Verwaltung.** Zigtausende, wenn nicht hunderttausende Seiten Papier sollen jährlich produziert werden.
- **Mit „autonomer Schule“ hat das Konzept nichts zu tun. Es bleibt keinerlei Spielraum für Autonomie.** Schulen erhalten keine Gestaltungsfreiheit, werden aber für die Ergebnisse, die in hohem Maß durch externe Vorgaben verbesserungsbedürftiger Qualität bedingt sind, verantwortlich gemacht.
- Wer mehr Vertrauen in Menschen als Papier hat, befreit SchulleiterInnen und SchulaufsichtsbeamtenInnen von der jetzt schon überbordenden Bürokratie und schafft ihnen dadurch Raum für ihre pädagogischen Aufgaben. **Wir fordern eine Reduktion des Verwaltungsaufwandes und keine Schaffung neuer Papiertiger!**

Allgemeine Bewertung:

Mit der geplanten Neufassung von § 18 Bundes-Schulaufsichtsgesetz werden folgende Aspekte des derzeitigen § 18 leg. cit. ersatzlos gestrichen:

- Die Schulinspektion ist ausschließlich von den Landesschulräten und Bezirksschulräten durch die Beamten des Schulaufsichtsdienstes und Lehrer, die mit Schulaufsichtsfunktionen betraut sind, auszuüben.
- Externe Personen dürfen dem Unterricht nur in Anwesenheit eines Schulaufsichtsorgans beiwohnen.

Wir lehnen die Streichung dieser Regelungen ab, weil sie der politischen Willkür Tür und Tor öffnet.

Ebenfalls mit aller Entschiedenheit abgelehnt wird eine schulartenübergreifende Struktur der Schulaufsicht. In den verschiedenen Schularten gibt es unterschiedliche Lernkulturen, Schwerpunktsetzungen etc. Wenn eine Person, die aus der Schulart X kommt, die Schulaufsicht über Schulen der Schulart Y ausübt, sind massive Probleme vorprogrammiert.

Ein „nach wissenschaftlich gesicherten Kriterien“ zu erstellender Nationaler Qualitätsrahmen und „Instrumente, die im Sinne einer ergebnisorientierten Steuerung notwendig sind“ können sich naturgemäß nur auf das objektiv Messbare konzentrieren. In Schulen geschieht aber sehr viel (Vermittlung von Bildung, Werthaltungen, sozialen Kompetenzen etc.), das de facto nicht zu messen ist. **Nicht-Messbares bzw. Nicht-Gemessenes wird durch dieses Konzept der „Outputorientierung“ ohne Rücksicht auf seine Bedeutung für die Bildung junger Menschen massiv gefährdet.**

Es ist unredlich, öffentlich von Verwaltungseinsparungen zu sprechen und in Wirklichkeit ein solches System vorzuschlagen, das zusätzlich zur bisherigen Bürokratie „die Verpflichtung zu periodischen Zielvereinbarungen auf allen Ebenen der Schulverwaltung und der Schulen“ und „die Verpflichtung zu einem periodischen (schulartenspezifisch ein- bis dreijährigen) Planungs- und Berichtswesen auf allen Ebenen der Schulverwaltung und der Schulen“ vorschreibt. Lt. Erläuterungen ist weiters „die pädagogische Entwicklungsarbeit am Schulstandort [...] in einem periodisch und gemeinschaftlich zu erarbeitenden Schulprogramm bzw. Schulqualitätsbericht mit bundesweit einheitlicher Struktur“ zu dokumentieren. „Das Vereinbarungs- und Berichtswesen betrifft aber auch die übergeordneten Ebenen der Schulverwaltung. Als Führungsebene für die Schulleitungen sind die Regionalen Qualitätsmanagerinnen und -manager für den Abschluss der Zielvereinbarungen mit den Schulleitungen und für das regelmäßige Controlling verantwortlich. Die daraus resultierenden Ergebnisse und Analysen fließen in periodisch zu erstellenden, aggregierten Bezirks- und Landesqualitätsprogrammen bzw. -berichten mit bundesweit einheitlicher Struktur zusammen.

Das Unterrichtsministerium bildet wiederum die Führungsebene für die Regionalen Qualitätsmanagerinnen und -manager auf Ebene der Landesschulräte. Es ist für die bundesweiten strategischen Vorgaben und Schwerpunktsetzungen und für das regelmäßige Controlling verantwortlich und trifft periodische, verbindliche Vereinbarungen mit den Regionalen Qualitätsmanagerinnen und -managern. Die daraus resultierenden Ergebnisse und Analysen fließen in einem aggregierten, periodisch zu erstellenden Bundesqualitätsprogramm bzw. Bundesqualitätsbericht zusammen.“

Es gibt rund 5.800 Schulen in Österreich. Hier sollen also regelmäßig zigtausend Seiten Papier produziert werden, die auch beim besten Willen kein Mensch je lesen wird und lesen kann. Damit werden dem Unterricht, ebenso wie seiner Vor- und Nachbereitung weitere Kraft und Zeit entzogen und den SchulleiterInnen und SchulaufsichtsbeamtenInnen noch mehr Bürokratie aufgehalst.

Die „systematische Selbstevaluierung [...] achtet auf die Einbeziehung der Schulpartner“ und „auf Transparenz“. Damit werden SchülerInnen und Eltern zu EvaluiererInnen! **Das hat selbstverständlich nichts mit einer wahrhaftigen Feedback-Kultur zu tun, sondern macht Ergebnisse der „Selbstevaluierung“ öffentlich und wird deshalb von der AHS-Gewerkschaft abgelehnt!**

„Bei der Umsetzung und Evaluierung der Zielvereinbarungen sind externe Rückmeldungen (zB von anderen Schulen oder Einrichtungen des Bildungswesens) vorzusehen.“

Die Schulaufsicht wird damit zu VollzugsbeamtInnen externer Institutionen. Das lehnen wir ab.

„Die Evaluierung hat unter Einbeziehung extern erhobener Daten und der Rückmeldungen externer Experten im Sinne von „Peers“ oder „Critical friends“ (zB qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter anderer Schulen, Pädagogischer Hochschulen oder sonstiger Einrichtungen des Bildungswesens) nach definierten Qualitätsstandards und Verfahren zu erfolgen. Diese externen Personen oder Einrichtungen werden im Regelfall von den Schulen selbst, im Bedarfsfall aber auch von den Regionalen Qualitätsmanagerinnen und -managern beauftragt.

Im Bedarfsfall kann die Unterrichtsministerin auch spezielle fokussierte Evaluierungen zu Themenbereichen von besonderem Interesse durchführen.“

Lt. finanziellen Erläuterungen hat die Regelung „keine finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt“. Wie sollen Schulen oder Pädagogische Hochschulen „Peers“ oder „Critical friends“ zur Verfügung stellen, wenn sie keine Ressourcen erhalten? Irgendwer muss ja wohl deren Arbeit an ihrer Stamminstitution leisten, während sie als externe EvaluiererInnen unterwegs sind.

Dieses „Qualitätsmanagement“ hat aus Sicht der AHS-Gewerkschaft weder etwas mit Qualität, noch mit sinnvollem Management zu tun, sondern ist ein riesiger, zentralistischer Papiertiger! Sollte dieser Papiertiger tatsächlich geschaffen werden, fordern wir selbstverständlich die volle Abgeltung der in Summe immensen Mehrarbeit.

Hochachtungsvoll

Mag. Dr. Eckehard Quin e.h.
Vorsitzender

Mag. Michael Zahradnik e.h.
Vors.-Stellv.

Mag. Herbert Weiß e.h.
Vors.-Stellv. und Besoldungsreferent